

Rother Baron: **Corona- Benefit**



Wie wir gestärkt aus der Krise hervorgehen können

Die Corona-Krise stellt unser gesamtes Leben auf den Kopf. Darauf hätten wir gut verzichten können. Da es aber nun einmal so ist, wie es ist, können wir die Dinge ja auch einmal aus der neuen Perspektive betrachten. Vielleicht lässt sich so ja etwas entdecken, das uns für den Neuanfang nach der Krise nützlich sein kann.

Krise und Alltagsroutinen.....	2
Neuorientierungen durch die Krise?	3
Gesundheitswesen	3
Gehälterpyramide	4
Hygiene	4
Schule	6
Föderalismus	8
Klima- und Umweltschutz.....	9
Zivilgesellschaftliches Engagement	10
Politisches Handeln	11
Die Krise als Brandbeschleuniger?	12
Links und Literaturtipps	14

Krise und Alltagsroutinen

Unser Alltag besteht aus Routinen und Gewohnheiten. Der Kitt unseres täglichen Lebens ist das mantraartige "Das haben wir schon immer so gemacht".

Oft erscheint das immer Gleiche, Abwechslungsarme, Unreflektierte uns zwar selbst lästig. Wenn die geraden Wege unseres Alltags uns gar zu öde erscheinen, phantasieren wir uns bei einem Glas Rotwein mit guten Bekannten eine andere Welt herbei oder fahren in Urlaub. Insgesamt aber wissen wir doch: Ein störungsfreies Alltagsleben ist nur möglich, wenn wir uns nicht bei jedem Schritt Gedanken machen müssen, welchen Fuß wir zuerst aufsetzen sollen.

Das Problem ist allerdings: Manchmal schleifen sich auch Routinen ein, die langfristig ein störungsfreies Alltagsleben erschweren. Dies kann beispielsweise dadurch geschehen, dass sich äußere Rahmenbedingungen verändern und unsere Alltagsroutinen dysfunktional werden lassen. Da das gesamte Alltagsleben an diese Routinen gebunden ist, ist es dann nur in langwierigen Prozessen möglich, sich neu zu orientieren. Ist dies endlich gelungen, kann unsere mangelnde Flexibilität uns bereits beträchtlichen Schaden zugefügt haben.

In Bezug auf unser eigenes Leben ist es wesentlich einfacher, die Dinge ab und zu mal neu zu justieren. Ferien, interessante Lektüren oder anregende Gespräche bieten uns regelmäßig die Möglichkeit, Abstand zu unserem Leben zu gewinnen und Korrekturen an unserem Weg vorzunehmen.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist das schwierig bis unmöglich. Um die eingefahrenen Gleise aus der Distanz zu betrachten, braucht es einen vorübergehenden völligen Stillstand des öffentlichen Lebens. So etwas ist nur in epochalen Krisen möglich. Diese zerstören dann aber mehr, als durch die mögliche Neuorientierung gewonnen werden kann. Deshalb kann sich niemand solche Krisen wünschen oder sie gar mutwillig herbeiführen.

Wenn derartige Krisen einmal da sind, wäre es jedoch fahrlässig, sie nicht zum Nachdenken über den bisherigen Weg und, wo nötig, auch für Veränderungen

zu nutzen. Denn Krisen wie die gegenwärtige führen immer zu gewaltigen Verwerfungen und zu sozialen Wunden, die sich nur durch kollektive Anstrengungen wieder schließen lassen. Zu diesen Anstrengungen gehört dann aber auch, dass Fehlentwicklungen erkannt und korrigiert werden, um leichter und schneller wieder aus der Krise herauszukommen.

Im Folgenden führe ich deshalb ein paar Bereiche auf, in denen die Krise Missstände offenbart oder uns zu neuen Alltagsroutinen zwingt, deren Beibehaltung auch sinnvoll sein kann, wenn wir wieder in ruhigeres Fahrwasser gelangen.

Neuorientierungen durch die Krise?

Gesundheitswesen

Die Corona-Krise zeigt: Das Gesundheitswesen gehört in staatliche Hand. Es ist zu wichtig, um privaten Investoren und ihrem Streben nach Gewinnmaximierung überlassen zu werden. Wir alle erkennen jetzt, dass das, was wir uns immer zum Geburtstag wünschen, kein leeres Gerede ist: "Und vor allem: Bleib gesund!"

Wenn Gesundheit das höchste Gut in unserem Leben ist, weil alles andere davon abhängt, muss uns dieses höchste Gut aber auch entsprechend viel wert sein. Denn auch das offenbart die Krise überdeutlich: Nicht in Gesundheit zu investieren, macht die Gesundheitsvorsorge am Ende nur doppelt so teuer.

Deutlich wird in der Krise auch: Die Gesundheit aller hängt von der Gesundheit jedes Einzelnen ab. Wenn allen die gleichen Möglichkeiten gewährt werden, gesund zu bleiben und im Krankheitsfall so schnell wie möglich wieder gesund zu werden, profitieren am Ende alle davon.

Dies bedeutet: Die Gesundheitsversorgung muss für alle gleich sein. Ob jemand besser oder schlechter versorgt wird, darf nicht von seiner gesellschaftlichen Taxierung abhängen, also von der Höhe der Zahlen, die ihm in einem Computerprogramm, das wir "Bankkonto" nennen, gutgeschrieben werden.

Gehälterpyramide

Wenn die Gesundheit unser höchstes Gut ist, müssen auch diejenigen, die dieses Gut pflegen, die höchste Wertschätzung erfahren. Diese Wertschätzung muss sich dann auch in entsprechenden Bemühungen um optimale Arbeitsbedingungen und eine wertschätzende Entlohnung niederschlagen.

Konkret heißt das, dass immer genügend Personal vorhanden sein muss, damit das Personal in Krankenhäusern, Arztpraxen sowie Alten- und Pflegeheimen die nötigen Erholungspausen einhalten kann und keine Überstunden leisten muss.

Teilweise haben wir es hier mit einer Henne-Ei-Problematik zu tun: Um genügend Personal zu bekommen, müssen die Bedingungen bereits so sein, wie sie erst mit ausreichendem Personal sein können. Deshalb muss zunächst an den Stellschrauben gedreht werden, die jenseits dieser Problematik die Aufnahme einer Tätigkeit im Gesundheitsbereich attraktiv machen.

Hierzu zählt eine angenehme Gestaltung der Arbeitsplätze, eine optimale Ausstattung der Kliniken mit medizinischen Geräten, die Eröffnung von Freiräumen für das Gespräch mit den Kranken und Pflegebedürftigen – und natürlich eine deutliche Anhebung der Löhne. Wer sich um das höchste Gut der Gesellschaft verdient macht, muss auch in der Gehaltstabelle die höchste Position einnehmen.

All diese Bemühungen um ein angenehmes Arbeitsumfeld für die Beschäftigten kommen am Ende natürlich auch denjenigen zugute, um die diese sich kümmern. So gilt auch hier: Von Investitionen in das Gesundheitswesen profitiert immer die gesamte Gesellschaft.

Hygiene

Ob wir uns nach der Krise wohl wieder zur Begrüßung die Hand geben werden? Vernünftiger wäre es jedenfalls, uns von dieser Gewohnheit zu verabschieden.

Jahr für Jahr sterben Hunderte von Menschen an der Grippe – die wir nur deshalb nicht fürchten, weil der Sprachgebrauch nahe legt, sie mit einem "grippalen Infekt" gleichzusetzen. Dabei kann selbst dieser sehr unangenehm

sein. Und die Grippe kann, selbst wenn sie nicht tötet, zu langwierigen Erkrankungen der Atemwege oder auch des Herzens führen. Bei einem Fünftel der Betroffenen nimmt sie einen schwereren Verlauf. Dies sind jedes Jahr mehrere tausend, in der aktuellen Grippesaison um die 30.000 Menschen **(1)**.

Dennoch galt es vor der Krise als Zeichen besonderen Arbeitseifers, auch bei manifesten Grippesymptomen noch zur Arbeit zu gehen. Dabei ist das auch in ökonomischer Hinsicht nicht sinnvoll. Denn so fällt am Ende nicht nur ein Beschäftigter, sondern gleich die ganze Abteilung aus.

Noch schwerwiegender sind die Probleme, die sich in Kliniken aus mangelnden hygienischen Vorkehrungen ergeben. Diese haben ganz wesentlich zu der Entwicklung der so genannten "Krankenhauskeime" beigetragen – resistenter Krankheitserreger, gegen die kein Antibiotikum mehr hilft. Die Zahl dieser multiresistenten Keime hat in den vergangenen Jahren dramatisch zugenommen.

Entsprechend angestiegen ist auch die Zahl der Menschen, die daran in Europa sterben: von 25.000 im Jahr 2007 auf 33.000 im Jahr 2015 **(2)**. Das entspricht einem Anstieg um ein Drittel. In Deutschland haben sich 2015 55.000 Menschen mit multiresistenten Keimen infiziert, 2.400 sind daran gestorben. Die Mortalitätsrate liegt somit bei 4,5 Prozent – was in seinem Schrecken durchaus mit dem Coronavirus mithalten kann. Hinzu kommen unzählige weitere Personen, die Langzeitschäden und Dauerschmerzen davontragen.

Auch hier kommt zu dem persönlichen der wirtschaftliche Schaden hinzu, der durch Arbeitsausfälle und Transferleistungen der Sozialsysteme entsteht. Paradoxerweise geht die Zunahme der multiresistenten Keime aber gerade auf das Bemühen um ein "wirtschaftlicheres" Krankenhausmanagement zurück. Dabei werden Hygienemaßnahmen per Outsourcing an externe "Facility-Manager" delegiert, wodurch das Hygienemanagement minimiert wird und nicht mehr direkt der Kontrolle der Klinikleitung untersteht.

Auch hier zeigt uns die aktuelle Krise überdeutlich: Wer an der Hygiene spart, kriegt hinterher eine doppelt hohe Rechnung präsentiert. Es ist deshalb nicht nur ein Gebot der Gesundheitsvorsorge, sondern auch der wirtschaftlichen

Vernunft, in diesen Bereich rechtzeitig massiv zu investieren und das Hygienemanagement klinikintern einer eigenen Querschnittabteilung zu übertragen.

Selbstverständlich ist eine verbesserte Hygiene aber nicht nur in Krankenhäusern vonnöten. Auch in anderen öffentlichen Einrichtungen ist dieser Bereich in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden. So wird im Zuge des Digitalisierungspakts demnächst womöglich an vielen Schulen die schöne, neue Welt des digitalen Zeitalters Einzug halten. Auf den Toiletten nähert man sich aber eher der Steinzeit an. Flüssigseife oder gar Desinfektionsmittel, selbst warmes Wasser und geheizte Kloräume – das alles sind vielerorts Luxusvorstellungen, die an der verkeimten Realität zerschellen.

Schule

Wir sitzen schon lange nicht mehr in der Häschenschule. Herr und Frau Lehrerin treten nicht mehr als Zampanos vor der Tafel auf, sondern regen die Lerngemeinde in vielfältiger Weise zum Selbertun und -entdecken an. Der Unterricht ist schüler- statt lehrerzentriert, Gruppentische haben vielerorts die Einzelcockpits ersetzt oder ergänzen diese, je nach Arbeitsform.

So sehr sich die einzelnen Schulen aber bemühen: Jahrgangsklassen, Prüfungszwänge und die immer neuen Vergleichsarbeiten zwingen sie dennoch zu einem weitgehend gleichschrittigen Unterricht. Dies setzt individualisierenden und differenzierenden Lernformen enge Grenzen.

Dabei gibt es mittlerweile nicht nur ein reiches Inventar derartiger Lernformen. Praxiserfahrungen zeigen vielmehr auch, dass und wie mit ihnen gearbeitet werden kann. Drei besonders prominente Beispiele sind:

- die Wochenplanarbeit. Dabei erhalten die Lernenden in bestimmten, vor allem übungsintensiven Fächern Aufgaben für die ganze Woche. Wie sie sich das Pensum – das je nach Lernstand und -bedürfnissen der einzelnen

Lernenden abgewandelt werden kann – einteilen, können sie jedoch selbst entscheiden **(3)**.

- die Portfolioarbeit. Hierbei erschließen sich die Lernenden Teilaspekte eines in der Klasse behandelten Themas in Eigenarbeit. Ihre Lernprozesse dokumentieren sie in speziellen Portfoliomappen und präsentieren sie außerdem in einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung den anderen Lernenden sowie eventuell auch weiteren Interessierten, wie beispielsweise den Eltern **(4)**.
- die Projektarbeit. Diese Arbeitsform wird heute oft nur noch in der Schwundform einer gemeinsamen Bespaßungsaktion vor den großen Ferien praktiziert. Ihrer Ursprungsidee nach, die auf den amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey zurückgeht, dient die Projektarbeit jedoch der stärkeren Verzahnung von geistiger und sozialer Entwicklung. Durch handlungsorientierte Projekte, die auch das soziale Umfeld der Schule miteinbeziehen, können die Lernenden dabei ein Gespür für die soziale und handlungspraktische Relevanz ihrer Lernarbeit entwickeln **(5)**.

Schulen, die schon vor der Krise konsequent derartige Lernformen in ihren Unterricht eingebaut haben, sind jetzt im Vorteil. Denn für die SchülerInnen ist es in diesem Fall weit weniger schwierig, ihre Lernprozesse stärker selbst zu organisieren und die Lehrenden dabei nur als beratende Lerncoachs zu erleben.

Die Krise offenbart damit auch, dass eben diese Fähigkeit zum selbstgesteuerten Lernen der zentrale Baustein für das viel beschworene "lebenslange Lernen" ist. Die Digitalisierung allein, die in der Krise in aller Munde ist, hilft da auch nicht weiter. Auch in der digitalen Welt wollen Lernprozesse organisiert werden. Vielleicht ist diese Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Lernen hier sogar noch stärker als in der analogen Welt. Denn im Netz ist die Zerstreuung immer nur "one click away", und in der Vielfalt der digitalen Angebote kann man sehr schnell die Orientierung verlieren.

Noch wichtiger als die Fähigkeit zur Filterung von Lerninhalten und zur eigenständigen Organisation von Lernprozessen ist aber wohl noch etwas

anderes. Nur wer von früh auf die bereichernde Erfahrung geistigen Wachstums macht, wird später auch von sich aus danach streben. Die schönsten digitalen Angebote helfen nichts, wenn nicht in der analogen Welt die Lust am Lernen angebahnt worden ist.

So bestärkt die Krise die Schulen darin, bei den Lehr-/Lernprozessen den Schwerpunkt auf Individualisierung, geistige Autonomie und Eigenverantwortung der Lernenden zu setzen. Bleibt zu hoffen, dass die Schulbehörden ähnliche Schlüsse aus der Krise zu ziehen.

Föderalismus

Die föderalen deutschen Strukturen haben sich in der Krise gleich mehrfach als dysfunktional erwiesen. Erst hatten wir einen Flickenteppich an unterschiedlichen Ausgangsbeschränkungen. Dann ist der Vorstoß, zur Entzerrung der Einkäufe längere Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen, an dem auf die Schnelle nicht verfügbaren zusätzlichen Personal gescheitert. Bundesländer, in denen es ohnehin schon längere Öffnungszeiten gab, waren klar im Vorteil.

Auch die Regelungen zu den Abiturprüfungen waren lange uneinheitlich. Der Kompromiss, den die Kultusministerkonferenz schließlich gefunden hat, sorgt allerdings seinerseits wieder für Chancenungleichheit. Er benachteiligt AbiturientInnen aus Ländern mit frühen Sommerferien, wo die Prüfungen, im Unterschied insbesondere zu Bayern und Baden-Württemberg, unmittelbar bevorstehen.

Wer hier aus der Krise lernen möchte, sollte sich fragen: Haben Saarländer und Rheinland-Pfälzer jeweils andere Einkaufs-Gene? Verlangen die Unterschiede in ihren Kulturen abweichende Ladenöffnungszeiten? Sind die Gehirne bayrischer AbiturientInnen anders strukturiert als die der schleswig-holsteinischen? Haben Berliner Kinder andere Lernbedürfnisse als Kinder in Hamburg?

Wen diese Fragen ratlos zurücklassen, der wird zu der Erkenntnis gelangen: Der deutsche Föderalismus dient nicht der Achtung vor regionalen Besonderheiten. Er ist schlicht eine Spielwiese für den Machthunger von Provinzpotentaten.

Um regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen, brauchen wir keine Bundesländer. Dafür müssen wir vielmehr die Kommunen stärken. Der wichtigste Ansprechpartner für den Bund sollte daher der Deutsche Städte- und Gemeindetag sein, und nicht der Bundesrat.

Am besten würde man auf dieser Basis ein neues Zwei-Kammer-Parlament einrichten. Zumindest sollten aber Mitspracherechte und Kompetenzen der bundesweiten Gemeindevertretung gestärkt werden. Dazu zählt insbesondere, dass bundesweite Projekte im Vorfeld mit den Kommunen abgesprochen und auch aus dem Bundeshaushalt finanziert werden – anstatt den Städten und Gemeinden, wie bisher, einfach als Steinbruch vor die Füße gekippt zu werden.

Klima- und Umweltschutz

Die Klima- und Schadstoffbilanz dieses Jahres wird die beste seit langer Zeit sein. Dies zeigt überdeutlich: Es ist unsere Lebensweise, die uns die Luft zum Atmen nimmt.

Natürlich werden wir uns deshalb nach der Krise nicht weiter in unseren Häusern einbunkern und von Nudeln und Klopapier leben. Das Leben muss und wird wieder seinen normalen Gang gehen.

Allerdings können wir aus der Krise lernen, wie wir mit vergleichsweise geringen Abstrichen an unseren Wohlstands- und Bequemlichkeitsbedürfnissen die Klimabilanz verbessern können. Wir müssen nicht das ganze Land mit den Stahlbetongittern der Windindustrie zustellen, um die Klimakrise zu bewältigen. Damit feuern wir die Krise sogar weiter an, da die Windenergie selbst unzählige umwelt- und klimarelevante Probleme mit sich bringt **(6)** und uns überdies in der trügerischen Sicherheit wiegt, einfach so weitermachen zu können wie bisher.

Natürlich werden wir nach der Krise wieder zu einer vollmobilen Gesellschaft werden. Dass es an manchen Stellen auch ohne Mobilität geht, haben wir jedoch mittlerweile gelernt. Niemand muss drei Mal im Jahr in Urlaub fahren oder gar fliegen. Die Welt der Käfer kann genauso faszinierend und genauso

fremd sein wie ein anderes Land. Sie zu erkunden, ist aber völlig "klimaneutral" möglich.

Selbst all die Hochglanz-Produktvorstellungen und Bilanzpressekonferenzen der Unternehmen sind auch mit weniger Mobilität möglich. Manches Produkt lässt sich im Netz sogar schicker darstellen, und im Falle von Mitgliederversammlungen sind bei Online-Formaten oder Telefonkonferenzen kritische Nachfragen vielleicht eher möglich, weil die übliche Hinterzimmerbearbeitung von Abwechlern entfällt.

So sehen wir: Es gibt ein großes Potenzial an Einsparmöglichkeiten im Bereich der Mobilität. Ein noch größeres, als wenn wir einfach nur auf alle reinen Vergnügungsfahrten verzichten würden. Und bereits eine Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs im Verkehr um 12 Prozent würde ebenso viel Energie einsparen, wie alle derzeit ca. 30.000 deutschen Windkraftanlagen liefern **(7)**.

Ähnlich bescheiden sind die Einschränkungen, die wir uns beim Konsum auferlegen müssten. Es ist gar nicht nötig, dass wir uns die kleine narzisstische Bedürfnisbefriedigung am Samstagnachmittag vollständig verkneifen. Nur das künstliche Anheizen des Konsums durch immer neue verzichtbare, aber energieintensive Produkte muss entfallen. Nicht der Konsum sollte eine zentrale Stütze unserer Wirtschaft sein, sondern der phantasievoll-nachhaltige Umgang mit den vorhandenen Ressourcen.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Die Krise erfordert in zahlreichen Alltagsbereichen ein radikales Umdenken. Kinder können nicht mehr einfach in der Kita oder der Schule abgeliefert werden, das Familienleben ist auf einmal nicht mehr eine Nebensache für den Feierabend, sondern die Hauptsache, die den gesamten Tagesablauf bestimmt. Einkäufe können nur unter Vorbehalt durchgeführt werden, Älteren sollten sie nach Möglichkeit erspart werden. Und wenn einem etwas kaputt geht, ist die Reparatur nahe liegender als der Kauf eines neuen Produkts, da die nötigen Läden vielleicht gerade geschlossen sind und die Online-Bestellung zu lange dauert.

In vielem ist derzeit also Improvisation gefragt. Das ist vielfach lästig und weniger bequem, als wir es von der Rundumbetreuung in unserer Wohlstandsgesellschaft gewohnt sind. Auf der anderen Seite kann auf diese Weise aber auch Kreativität freigesetzt werden, die zu neuen Lösungen für alte Alltagsprobleme führen kann.

Dies kann zum einen den nachhaltigen Umgang mit den Dingen stärken. Jetzt, wo man nicht jederzeit Ersatz besorgen kann, lernen wir manches vielleicht stärker schätzen und gehen dann auch hinterher pfleglicher mit den Dingen um, anstatt immer nach dem neusten und "hippesten" Produkt zu schauen.

Kreativität kann aber auch im zwischenmenschlichen Umgang zu wichtigen Neuorientierungen führen. Hier und da stärkt das Aufeinander-Angewiesensein womöglich den familiären Zusammenhalt. (Ja, das viele "Aufeinander-Hocken" kann auch zu Spannungen und Streit führen – aber wir wollen hier doch positiv denken!) Auch Modelle von Nachbarschaftshilfe könnten sich dadurch etablieren – und nach der Krise weiter genutzt werden.

Ebenso müssen wir die vermehrte Hilfe für die "Risikogruppen", um die wir uns in der Krise bemühen, hinterher keineswegs wieder einstellen. Anstatt alten, kranken und einsamen Menschen großzügig das Recht auf Beihilfe beim Freitod zuzugestehen, werden sich dann vielleicht dauerhaft Unterstützungsgruppen bilden, die eher die Lust am Leben als das Nachdenken über den Selbstmord stärken.

Politisches Handeln

Seit der Krise habe ich das Gefühl, eher vom Robert-Koch-Institut als von Angela Merkel regiert zu werden. Ich habe mich sogar schon dabei ertappt, Mitleid für die Politiker zu empfinden, die so hilflos den Verlautbarungen der Experten hinterherrennen.

Man sollte sich nur darüber klar sein: Jetzt wird lediglich offenbar, was auch vor der Krise Standard war. Bundesbildungsministerin kann man bei uns bekanntlich auch als Hotelfachfrau werden. Einschlägige Qualifikationen

benötigt man für ein Ministeramt nicht. Die Ernennung erfolgt in der Hoffnung, dass die Aura des Amtes schon irgendwie auf den Amtsträger abfärben wird.

Die Krise macht nun deutlich, dass es keine gute Idee ist, sich bei der Auswahl politischer Entscheidungsträger auf magisches Denken zu stützen. Optimistische Zeitgenossen könnten sich daher der Hoffnung hingeben, dass der Begriff "Expertenregierung" nach der Krise nicht mehr als Schimpfwort, sondern als erstrebenswerte Utopie erscheint.

Die Krise als Brandbeschleuniger?

Ich weiß, es ist ein wenig naiv, auf positive Lerneffekte durch die Krise zu hoffen. Und ich muss zugeben: Es ist genauso gut das Gegenteil möglich.

Fremdenfeindlichkeit und Abschottung haben schon vor der Krise immer weiter zugenommen. Beide Tendenzen könnten durch die wochenlangen Grenzschießungen noch verstärkt werden. Schließlich sind die Grenzkontrollen zur Abwehr von Flüchtlingen ohnehin schon wieder aufgenommen worden. Die Gefahr ist daher groß, dass einige Länder der Versuchung nachgeben werden, die Grenzen auch nach der Krise nicht mehr vollständig zu öffnen.

Auch die Mega-Konjunkturprogramme, die jetzt allenthalben angekündigt werden, zeugen nicht von großen Lernprozessen. Von "Nachhaltigkeit" ist darin kaum die Rede, umso mehr dagegen von "Wachstum" und "Ankurbelung des Konsums". Dies sind aber genau die Triebfedern, die die Klimakatastrophe heraufbeschworen und Natur- und Artenschutz zur verzichtbaren Nebensache herabgewürdigt haben.

Nicht auszuschließen ist auch, dass der derzeitige Ausnahmezustand – dieses wochenlange "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!" – in eine Verstärkung vorhandener Tendenzen zur Einschränkung von Demokratie und Mitbestimmung mündet. Schon vor der Krise war bekanntlich das Schlagwort vom "Klimanotstand" in aller Munde. Denkbar ist daher auch, dass die Krise nicht zu einer nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweise führt, sondern zu

einer weiteren Einschränkung von Natur- und Artenschutz im Interesse der Windstromlobby.

Zudem könnten manche Regelungen, die unter Hinweis auf den "Katastrophenfall" eingeführt worden sind, hinterher zu einer Einschränkung von Bürgerrechten in den betreffenden Bereichen führen. Besonders gefährdet sind dabei der Arbeits- und der Datenschutz.

Schließlich ist auch nicht ausgemacht, ob die Corona-Parole vom "Schutz der Risikogruppen" sich nicht irgendwann in ihr Gegenteil verkehrt. Schon jetzt werden ja aus dem Trump-Lager (von wo auch sonst?) erste Stimmen laut, denen zufolge für die paar Alten und Gebrechlichen nicht das ganze Wirtschaftsleben monatelang stillstehen kann. Eher sollten Erstere sich für Letzteres aufopfern.

Auch die kompromisslose Isolation von Schwerkranken, denen der Zuspruch selbst durch nächste Angehörige verweigert wird, widerspricht dem Geist der Humanität, mit dem die Infektionsschutzmaßnahmen begründet werden. Gleiches gilt für die altersdiskriminierende Selektion, die in Frankreich und Italien bei einem Mangel an Beatmungsgeräten praktiziert wird.

Das ewige Gerede von den besonders gefährdeten "Risikogruppen" birgt eben die Gefahr in sich, dass der Rest der Gesellschaft das Virus als für sich selbst unbedenklich einstuft. Als Bedrohung erscheinen dann nicht mehr die Viren selbst, sondern die Virenträger, die als Erkrankte zur Last für die Mehrheit werden. Sollte sich diese Logik durchsetzen, würden wir am Ende wieder bei genau jener Ausgrenzung der als "Humankapital" uninteressanten Randgruppen landen, von der unser gesellschaftliches Leben schon jetzt geprägt ist.

So bleibt es vielleicht nur ein schöner Traum, dass das erzwungene Innehalten durch die Krise ein In-sich-Gehen und hier und da ein Umdenken bewirkt; dass an die Stelle individueller und nationaler Egoismen ein neues Miteinander auf zwischenmenschlicher und -staatlicher Ebene tritt. Aber wenn wir diesen Traum jetzt nicht träumen – wann dann?

(1) Deutsches Ärzte-Blatt / dpa: [Mehr als 200 Influenza-Tote in Deutschland](#). 5. März 2020; Morgenpost / dpa: [Grippewelle rollt über Deutschland – mehr als 240 Todesfälle](#); 14. März 2020; Salzberger, Bernd (Beratung): [Was kann man gegen eine Grippe tun?](#) Apotheken-Umschau, 26. Februar 2020.

(2) Grigat, Felix: [Mehr Todesfälle durch multiresistente Keime](#). Forschung & Lehre, 6. November 2018.

(3) Vgl. **Claussen**, Claus: Unterrichten mit Wochenplänen. Kinder zur Selbständigkeit begleiten. Weinheim und Basel 1997: Beltz; **Jürgens**, Eiko (Hg.): Erprobte Wochenplan- und Freiarbeits-Ideen in der Sekundarstufe I. Praxisberichte über effektives Lernen im Offenen Unterricht. Heinsberg 1994: Agentur Dieck; **Kornmann**, Reimer (Hg.): Erprobte Wochenplan- und Freiarbeits-Ideen in der Sekundarstufe I. Praxisberichte über effektives Lernen im Offenen Unterricht. Heinsberg 1994: Agentur Dieck.

(4) Vgl. Brunner, Ilse / Häcker, Thomas / Winter Felix (Hg.): Handbuch Portfolioarbeit. Seelze 2006: Friedrich.

(5) Vgl. Hänsel, Dagmar (Hg.): Projektunterricht. Beltz-Handbuch (1997). Weinheim und Basel, 2., neu ausgestattete Aufl. 1999: Beltz.

(6) Vgl. das Glossar zur Windenergie auf rotherbaron: [Das Windstromkartell. Kleines ABC seiner Durchsetzungsstrategien](#). Aktualisierte Fassung 2019.

(7) Dubbers, Dirk / Stachel, Johanna / Uwer, Ulrich: Energiewende: Fakten, Missverständnisse, Lösungen – ein Kommentar aus der Physik, S. 4. Heidelberg, 4. September 2019: Physikalisches Institut der Universität Heidelberg (als PDF-Dokument im Netz verfügbar).

Bild: Cepzeŭ Pemuzov (Sergej Remizov): Sonnenaufgang (Pixabay)

© Dieter Hoffmann ([rotherbaron](#)), 27. März 2020